Mit Steuern emanzipatorisch steuern

Zivilgesellschaftliche Einmischung in die Steuerpolitik

Elisabeth Klatzer

„I love taxes“ – das provokante Motto der Kampagne einer kanadischen Frauenorganisation entwirft einen interessanten Kontrapunkt zur öffentlichen Wahrnehmung, Steuern seien zu hoch und das Ziel der Steuerpolitik sollten vor allem Steuersenkungen und Möglichkeiten der Steuerersparnis sein.

Steuerpolitik ist ein heiß umkämpftes Terrain, es geht um Macht und Einfluss. Mit der Ausgestaltung der Steuerpolitik wird einerseits festgelegt, wer wie viel zur Staatsfinanzierung beiträgt, und es werden wesentliche Anreize für bestimmtes ökonomisches Verhalten gesetzt. Andererseits wird damit aber auch entscheidend bestimmt, wie viel Geld dem Staat für öffentliche Ausgaben zur Verfügung steht. Der Einfluss unterschiedlicher Interessengruppen auf die Steuerpolitik ist sehr ungleich verteilt. Vor allem jene kleine Gruppe mit hohen Einkommen und Vermögen, die überproportional von niedrigen Steuern profitiert, ist meist besonders gut organisiert und mit der Regierung vernetzt.

Gerade in steuerpolitischen Fragen stehen zivilgesellschaftliche AkteurInnen vor vielen Herausforderungen. Die Regierung, die Zugang zu den relevanten Informationen hat, kommt ihrer Aufgabe nicht nach, differenzierte Daten und Analysen zu Steuerzahlungen und ihren Wirkungen bereitzustellen, insbesondere auch dann, wenn es um Geschlechterfragen geht. Gleichzeitig gibt es in steuerpolitischen Fragen wenig Räume für Mitgestaltung. Steuerdebatten gelten oft als technisch und damit als einem engen Kreis von ExpertInnen vorbehalten, obwohl gerade in diesem Bereich die Debatte von vielen Mythen – unter anderem dem Mythos der Geschlechtsneutralität des Steuersystems – und wenig Fakten dominiert wird.

Der Beitrag zeigt anhand von Beispielen aus drei Ländern, wie emanzipatorische zivilgesellschaftliche Einmischung in die Steuerpolitik aussehen kann.

1. Vielfältige Rollen von Zivilgesellschaft im Rahmen der Budgetpolitik

Zivilgesellschaftliche Arbeit zur Budgetpolitik ist zumeist eine Einmischung in ein Politikfeld, das traditionell FinanzexpertInnen inner- und außerhalb der Regierung überlassen wird. Ausgehend vom Leitspruch „L’état c’est moi!“ – Der

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Staat respektive das Budget bin ich! – wird Budgetpolitik als Kern staatlichen Handelns verstanden. Dieses Verständnis, das vermeintlich in die Zeit des Absolutismus gehört (vgl. auch Michalitsch 2005), gewinnt heute wieder an Aktualität. Gerade in Zeiten der angeblichen Budgetknappheit, zu hoher Defizite und überbordender öffentlicher Schulden wird die Budgetpolitik zunehmend wieder starren Regeln unterworfen und es wird in Abrede gestellt, dass politischer Handlungsspielraum besteht. Dies ist insbesondere im Rahmen der Europäischen Union (EU) mit ihren strikten Defizit- und Schuldenabbauregeln im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie des 2012 neu beschlossenen Fiskalpaktes der Fall (zur budget- und wirtschaftspolitischen Steuerung im Rahmen der EU vgl. Klatzer/Schlager 2011; 2012, Oberndorfer 2013). Statt der absolutistischen Herrscher sind es heute die FinanzministerInnen, die das Budget und die Budgetpolitik als ihr ‚Eigentum' darstellen und mithilfe der europäischen Regeln den Eindruck erzeugen wollen, es gäbe keine Spielräume für die Gestaltung der Budgets bzw. der Einnahmen. Mit Verweis auf ihre budgetpolitische Kompetenz und vor allem mit dem Argument knapper Kassen beanspruchen FinanzministerInnen zunehmende Mitsprache- und Vetorechte in sämtlichen Bereichen der Regierungspolitik. Vielfach wird auch auf die angebliche Gefahr von Kapitalflucht verwiesen, um zu betonen, dass es keine Alternativen zu einer kapital- und vermögensfreundlichen Steuergestaltung gäbe. Das ist allerdings mehr eine politische Botschaft und Ausrede als eine belegte Tatsache.

Die Zivilgesellschaft ist also nach wie vor herausgefordert, sich Spielräume in Sachen Budgetpolitik zu nehmen bzw. zu erkämpfen. Die Rollen, die zivilgesellschaftliche Organisationen, Institutionen oder lose Zusammenschlüsse wahrnehmen, sind vielfältig: Sie reichen von Aufbau und Transfer von Wissen, Bildungsarbeit, Kooperation mit Verwaltung oder anderen Institutionen über Lobbying, Anwaltschaft *(advocacy)*, Einfordern von Transparenz und Rechenschaftspflichten bis hin zur Einrichtung von Kontrollmechanismen. In diesem breiten Spektrum an Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Einmischung stellt sich die Frage, was Zivilgesellschaft angesichts des gegenwärtigen Defizits an demokratischen Aushandlungsprozessen und der Verengung von Gestaltungsspielräumen überhaupt leisten kann. Und genauer: Was kann der Beitrag feministischer zivilgesellschaftlicher AkteurInnen sein?

Seit Mitte der 1990er-Jahre hat sich Gender Budgeting international als Ansatz einer geschlechtergerechten Budgetgestaltung (Budlender et al. 2002) etabliert. Gender Budgeting verfolgt das Grundanliegen, Budgetpolitik – sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite – in den Dienst emanzipatorischer Gleichstellungspolitik zu stellen. Insbesondere in der Entstehungs- und Verbreitungsphase haben internationale und nationale zivilgesellschaftliche AkteurInnen eine wichtige Rolle gespielt. Mit Gender Budgeting hat auch die Zivilgesellschaft eine wirkungsvolle Strategie in die Hände bekommen, um sich in

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

die Budgetpolitik einzumischen. Es ist international anerkannt, dass Gender Budgeting dann besonders effektiv umgesetzt werden kann, wenn es gleichzeitig durch staatliche wie auch zivilgesellschaftliche Initiativen vorangetrieben wird (ebd.).

Gerade die Steuerpolitik stellt eine besondere Herausforderung für zivilgesellschaftliche Einmischung im Sinne des Gender Budgeting dar. Es gilt nach wie vor, die Aura der Unnahbarkeit von Steuerpolitik als einer Materie, die ausschließlich Experten (und vielleicht auch einigen wenigen Expertinnen) vorbehalten ist, zu durchbrechen. Die Präsentation als zutiefst technische Frage funktioniert noch immer als Ausschließungsmechanismus. Daher ist elementar, Wissen über die gesellschafts- und geschlechterpolitische Wirkung von Steuerpolitik zu schaffen und vor allem, dieses Wissen dann auch breit zu streuen.

In den letzten Jahrzehnten haben feministische ÖkonomInnen und zivilgesellschaftliche AkteurInnen wesentliche Beiträge geleistet, um den Mythos der Geschlechtsneutralität der Steuerpolitik zu entzaubern (vgl. u.a. Barnett/Grown 2004; Beigewum 2002; Fowode 2003; Women's Budget Group 2001). Ausgehend von Studien zur Einkommens- und Lohnbesteuerung konnte nach und nach belegt werden, dass auch die Steuerstruktur und das Verhältnis unterschiedlicher Steuern zueinander in Bezug auf die Staatseinnahmen von hoher geschlechterpolitischer Relevanz ist. Gerade in den Ländern des Südens wurden dazu bereits früh wesentliche Arbeiten geleistet (beispielsweise in Südafrika, vgl. Women's Budget Initiative 1996; Smith 2000). Dabei wurde vor allem aufgezeigt, dass eine Verlagerung der Besteuerung von direkten hin zu indirekten Steuern (allgemeine Umsatzsteuern) eine Verschiebung der Steuerlast hin zu Frauen zur Folge hat. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Frauen einerseits einen höheren Anteil ihres Einkommens für Konsumgüter ausgeben und andererseits aufgrund der Einkommens- und Vermögensverteilung sehr viel weniger von Steuersenkungen für Kapitalerträge und -vermögen bzw. höhere Einkommen profitieren.

Auch die Gestaltung von steuermindernden Tatbeständen – z.B. Absetz- und Freibeträge – bei einzelnen Steuern ist für die geschlechterpolitischen Wirkungen der Besteuerung sehr bedeutsam. Weil das Steuerrecht sehr intransparent ist und es hohe Kosten mit sich bringt, alle steuerlichen Schlupflöcher auszunutzen, sind jene benachteiligt, die weniger verdienen und besitzen. Nicht ganzjährig beschäftigte ArbeitnehmerInnen bekommen z.B. in Österreich und in Deutschland die von ihnen zu viel bezahlten Steuern nicht automatisch vom Finanzamt zurückerstattet, sondern müssen eine Veranlagung durchführen. Oft werden Steuervergütungen oder -begünstigungen nicht abgerufen, weil gar keine Steuererklärung abgegeben wird. Es werden keine geschlechterdifferenzierten Daten dazu publiziert. Diese wären aber interessant, um die These zu prüfen, dass insbesondere Frauen davon betroffen sind, da sie zeitlich mehr belastet sind und

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

niedrige Einkommensschichten, wo viele Frauen zu finden sind, weniger Zugang zu Informationen haben.

Ausgestattet mit Wissen über geschlechterpolitische Aspekte der Steuerpolitik fällt es zivilgesellschaftlichen AkteurInnen leichter, sich in steuerpolitische Debatten einzumischen, Vorschläge einzubringen und eine kritische ‚Watch-Dog'-Rolle gegenüber staatlichen AkteurInnen einzunehmen oder auch Allianzen mit ihnen einzugehen, wo dies sinnvoll und möglich erscheint. Neben der Aufgabe, Wissen zu schaffen und Wissen zu verbreiten, gilt es für zivilgesellschaftliche AkteurInnen aber auch, breitere Bevölkerungsschichten dafür zu sensibilisieren, dass Steuerpolitik wichtig ist und dass sie durchaus Gestaltungsspielräume aufweist. Nicht zuletzt weil der gegenwärtige Abbau von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen meist mit dem Verweis auf ihre angebliche Unfinanzierbarkeit gerechtfertigt wird, ist es besonders notwendig, über steuerpolitische Gestaltungsspielräume insgesamt aufzuklären und ganz speziell für eine emanzipatorische, das heißt geschlechter- und verteilungsgerechte Steuerpolitik zu mobilisieren.

2. Beispiele zivilgesellschaftlicher Einmischung in die Steuerpolitik

Drei Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements in der Steuerpolitik sollen das Potenzial emanzipatorischer Einmischung veranschaulichen. Das erste Beispiel beschreibt die Arbeit der *Women's Budget Group* in Großbritannien, die solide Expertise mit dem konkreten Einsatz für steuerpolitische Reformen kombiniert. Auch das Beispiel der Gender-Budgeting-Gruppe *Watch Group. Gender* und öffentliche Finanzen aus Österreich verdeutlicht die Rolle von wissenschaftlicher Grundlagenarbeit einerseits und Vernetzung mit anderen im Bereich Budgetpolitik tätigen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen andererseits. So können Kräfte gebündelt werden, um gemeinsam unter anderem ein geschlechtergerechtes zivilgesellschaftliches Alternativbudget zu erarbeiten. Abschließend wird als drittes Beispiel die Arbeit der kanadischen Frauenorganisation *United Nations Platform for Action Committee* (UNPAC) vorgestellt. Sie konzentriert sich auf Frauenbildung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die frauenpolitische Relevanz von Steuerpolitik deutlich zu machen.

2.1 Vereinigtes Königreich: Die steuerpolitische Arbeit der Women's Budget Group

Die Women's Budget Group (WBG) ist eine der bekanntesten zu Gender Budgeting arbeitenden zivilgesellschaftlichen Gruppen und bereits seit Ende der 1980er-Jahre kontinuierlich aktiv. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit liegen auf der Erstellung fundierter Expertisen zu einnahmen- und ausgabenseitigen Budgetthe-

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

men sowie auf einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying gegenüber der Regierung, um gleichstellungspolitische Verbesserungen zu erreichen. Der Erfolg der WBG beruht auf einem Netzwerk von Aktivistinnen, Gewerkschafterinnen und Wissenschaftlerinnen mit guten Kontakten zu gleichstellungspolitischen Organisationen, öffentlichen Institutionen und Medien. Jährlich werden mehrere Berichte präsentiert, darunter Kommentare zur Budget- und Steuerpolitik und zu wichtigen Gesetzesvorhaben (vgl. www.wbg.org.uk/RRB_Reports.htm). Immer wieder lenken die Frauen der WBG damit die Aufmerksamkeit auf ganz konkrete Geschlechteraspekte von steuerpolitischen Maßnahmen und geplanten Ausgabenänderungen, bei denen es sich meist um Kürzungen handelt. Mit dem Fokus auf Transfers und Steuern betreten sie wissenschaftlich-methodisch zudem oft Neuland.

Im Hinblick auf die Frage, wie die Einnahmen im Haushalt verwendet werden (vgl. hierzu *Beblo/Beninger* in diesem Band), hat die WBG beispielsweise schon früh darauf hingewiesen, dass es einen großen Unterschied macht, ob Familienleistungen (seien es Direktzahlungen oder Steuererleichterungen) in die Geldbörse von Frauen *(women's purse)* oder in die Brieftasche von Männern *(the men's wallet)* fließen. Ist das Geld in Händen von Frauen, kommt es Kindern mehr zugute. Die WBG konnte erreichen, dass der sogenannte *Child Tax Credit*, eine Art Kindergeld, nicht mehr wie bisher als Steuerabsetzbetrag dem Hauptverdiener (meist dem Mann) gewährt wird, sondern an die Hauptbetreuungsperson (meist die Frau) ausbezahlt wird (St. Hill 2002: 184). Allerdings ließ sich die Regierung nicht durch Gleichstellungsargumente, sondern nur unter Hinweis auf Kinder- und Familienförderung von der Notwendigkeit dieser Reform überzeugen.

In einer Studie wurde mit innovativen Methoden und der Kombination von Konsumdaten (verfügbar auf Haushaltsebene) der Frage nachgegangen, wie sich Änderungen bei indirekten Steuern in den Jahren 2010/2011 auf unterschiedliche Haushaltstypen und -zusammensetzung (männliche bzw. weibliche Einzelpersonen- bzw. Paarhaushalte) auswirken (Women's Budget Group 2011: 3ff). Es konnte gezeigt werden, dass die Reformen, die unter anderem eine Erhöhung der Umsatzbesteuerung und eine Reduktion von Treibstoffsteuern vorsahen, überproportional stark Frauen mit niedrigen Einkommen belasten.

In Bezug auf das Budget 2012 konnte die WGB belegen, dass die von der britischen Regierung durchgeführten Spitzensteuersatzsenkungen massive geschlechterpolitische Verteilungseffekte haben (Women's Budget Group 2012a, b): Sie entlasten vor allem relativ wohlhabende Männer und die damit verbundenen Mindereinnahmen führen darüber hinaus zu Kürzungen bei wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, die insbesondere für Frauen sehr wichtig sind. Ebenso wird gezeigt, dass insbesondere Höherverdienende davon profitieren, wenn der Betrag, ab dem Einkommenssteuer zu zahlen ist, angehoben wird. Diejenigen, deren Einkom-

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

men bereits unterhalb der Schwelle liegen, profitieren hingegen gar nicht; weil Frauen im Schnitt niedrigere Einkommen als Männer haben, sind sie in dieser Gruppe mit 73 Prozent überproportional vertreten. Und die Steuerersparnis für Höherverdienende, mehrheitlich Männer, ist sehr viel größer als für jene, mehrheitlich Frauen, die keine Steuern mehr zahlen müssen, weil ihre Einkommen durch die Anhebung unter die Schwelle fallen, ab der Einkommensteuer zu zahlen ist. Bestehende Steuerschlupflöcher, aber auch Steuererleichterungen führen zu großen Einnahmeausfällen für den Staat und kommen vor allem hohen Einkommen und damit wiederum mehrheitlich Männern zugute. Unter dem Motto „No to tax cuts, yes to plan F, a Feminist Plan for Recovery" fordert die WBG deshalb, die Steuerminderungstatbestände weitgehend zu beseitigen und die Mehreinnahmen in Beschäftigungsprogramme sowie soziale und andere Infrastruktur zu investieren. Die Women's Budget Group legt mit ihrer Arbeit Analysen zu geschlechterpolitischen Auswirkungen der Budgetpolitik vor. Gemäß geltender Rechtslage in Großbritannien müsste eigentlich die Regierung selbst derartige Analysen erstellen. In diesem Zusammenhang ist eine Klage interessant, die die *Fawcett Society* – eine bedeutende zivilgesellschaftliche Organisation für Gleichstellung und Frauenrechte, die auch eng mit der WBG vernetzt ist – im Jahr 2010 gegen die Regierung angestrengt hat (vgl. Fawcett Society 2013). Gegenstand der Klage war, dass die Regierung es unterlassen hatte, ihr sogenanntes *Emergency*-Budget 2010 einem *Gender Equality Impact Assessment* (GEIA) zu unterziehen, also eine gleichstellungspolitische Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen. Die Klägerinnen argumentierten, dass die steuerlichen und ausgabenseitigen Maßnahmen insbesondere Frauen überproportional hart treffen und dass die Regierung rechtlich verpflichtet gewesen wäre, ein GEIA durchzuführen und Maßnahmen vorzusehen, um diese einseitige Belastung zu vermeiden. Obwohl es letztlich nicht zu der angestrebten gerichtlichen Prüfung des Budgets kam, stellten sowohl das Gericht als auch die Regierung selbst im Rahmen des Verfahrens explizit die Verletzung gesetzlicher Verpflichtungen fest. Damit konnte viel mediale und öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt werden.

2.2 Österreich: Von der Watch Group zum geschlechtergerechten zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget

In Österreich gibt es seit dem Jahr 2000 ein

> „Netzwerk von Wissenschafterinnen (...), die zu Gender Budgeting bzw. Geschlechtergerechter Budgetgestaltung arbeiten und dessen politische Umsetzung in Österreich – als unabhängige zivilgesellschaftliche Gruppe – vorantreiben, beobachten und sich mit kritischer Stimme einmischen." (Watch Group o.J.: 3)

Dieses Netzwerk bezeichnet sich inzwischen als *Watch Group. Gender & öffentliche Finanzen* und setzt mit Expertisen und Lobbyarbeit wesentliche inno-

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

vative Impulse, um Gender Budgeting in Österreich bekanntzumachen und seine Umsetzung zu forcieren. Insbesondere bei der Integration von Gender Budgeting in die gesetzlichen Vorgaben im Rahmen einer großen Budgetreform in Österreich war die Arbeit der Gruppe maßgeblich. Sie liefert ein anschauliches Beispiel für die Bedeutung alternativer Wissensproduktion, gepaart mit zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zur Umsetzung von Gleichstellungsinteressen. Die Watch Group analysiert die gesamten Staatsfinanzen, also auch die Staatseinnahmen, aus der Geschlechterperspektive. Bereits ihre erste Publikation (Beigewum 2002) enthält ein ausführliches Kapitel hierzu. Darüber hinaus wird der Fokus auf den Zusammenhang von Staatseinnahmen und Staatsausgaben gelegt:

> „Einnahmen und Ausgaben sind ursächlich miteinander verbunden. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Münze, eine halbe Münze hat bekanntlich keinen Wert." (Ebd.: 165f.)

Unter dem Motto „Einen schlanken Staat können sich maximal reiche Männer leisten!" greift die Watch Group die Diskussion um die Senkung der Abgabenquote in Österreich auf und legt dar, dass sich eine solche Maßnahme „auf beiden Seiten des Staatshaushalts zu Lasten der Frauen" (ebd.: 172) auswirken würde.

> „Eventuelle Steuerentlastungen werden jenen zu Gute kommen, die gut organisiert sind und ihre Entlastungsinteressen stark vorbringen können. Die Unternehmensseite kann lang versprochene Steuerentlastungen erneut einfordern. Das Mobilitätsargument des Kapitals diente bislang schon zahlreichen Steuerentlastungen. Frauen besitzen weniger Kapitalwerte als Männer, sind weniger oft Unternehmerinnen und beziehen generell weniger Einkommen als Männer. Sie sind häufiger in flexiblen, atypischen und prekären Jobs beschäftigt. Eine Steuer- und Abgabensenkung wird daher die finanzielle Situation der Frauen nicht nur nicht verbessern, sondern sie über die Ausgabenkürzung vielmehr verschlechtern." (Ebd.: 172f.).

Die Watch Group hat grundlegende Anforderungen an eine Reform des Abgabensystems formuliert mit dem Ziel, die Progressivität – d.h. gestaffelt steigende Steuersätze für höhere Einkommen bzw. Vermögen – zu erhöhen, anstatt isolierte Steuersenkungen vorzunehmen. Dazu zählen (vgl. ebd.: 196f.):

– eine progressive Gestaltung der Sozialversicherungsbeiträge, die derzeit in Österreich aufgrund der Höchstbeitragsgrundlage[1] regressiv wirken;
– die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, um nicht nur über Löhne und Gehälter, sondern über die Berücksichtigung von Abschreibungen, Gewin-

1 Die Höchstbeitragsgrundlage bezeichnet die Schwelle, oberhalb derer das Einkommen eines Versicherten zur österreichischen Sozialversicherung beitragsfrei bleibt, d.h. bei höheren Bezügen steigen die Beiträge nicht mehr an. Diese Obergrenze wird jährlich angepasst.

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

nen und Kapitalzinsen auch kapitalintensive Betriebe stärker in die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems einzubeziehen;
– die Einführung von Ökosteuern mit einer steuerbefreiten Grundsicherung an Energieressourcen, um Personen mit geringem Einkommen nicht zu belasten;
– die Aufhebung der regressiven Wirkung von Verbrauchsteuern (also der in Relation zum Einkommen höheren Steuerbelastung bei niedrigeren Einkommen), beispielsweise durch Anhebung der Steuersätze auf Luxusgüter bei gleichzeitiger Absenkung der Steuersätze bei Gütern des täglichen Lebens bzw. einer Steuerbefreiung für untere Einkommensgruppen (Verbrauchsteuerveranlagung) sowie
– die verstärkte Besteuerung von Kapital und Vermögen und die Schließung von Steuerschlupflöchern, insbesondere durch internationale Zusammenarbeit.

Frauen würden von solchen Maßnahmen mehrfach profitieren: Zum einen durch die Entlastung im unteren Einkommensbereich, wo sie überproportional vertreten sind, und zum anderen durch die Erschließung zusätzlicher Einnahmen für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, aber auch durch Beschäftigungseffekte einzelner Maßnahmen.

Weiterhin ist die transparente Gestaltung des Steuersystems für die Watch Group von entscheidender Bedeutung, um Diskussionen und eine breite Beteiligung zu ermöglichen. Die Arbeiten zu den Staatseinnahmen werden über diese erste Publikation hinaus (vgl. Watch Group 2006) weitergeführt. Ein Fokus liegt auch auf der Zusammenarbeit mit verschiedenen aufgeschlossenen AkteurInnen innerhalb der Verwaltung, insbesondere im Finanzministerium. Durch die Debatten wurden Analysen zu Geschlechteraspekten der Lohnsteuer im Finanzministerium selbst angeregt (Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming im BMF 2002; siehe auch *Fritz* in diesem Band). Allerdings wird zumindest teilweise im Finanzministerium auch heute noch die Position vertreten, dass sich die Frage unterschiedlicher Auswirkungen auf Männer und Frauen allenfalls bei der Lohn- bzw. Einkommensteuer stelle und alle anderen Steuern absolut neutral in Bezug auf die Geschlechterwirkungen seien. Um diesen Mythos zu entlarven, ist weiterhin intensive Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit nötig.

Ein weiterer Meilenstein wurde erreicht, als das Finanzministerium eine Studie über die Genderaspekte im Finanzressort in Auftrag gab, an der Frauen aus der Watch Group beteiligt waren (vgl. Biffl et al. 2006). Die Studie diente unter anderem dazu, Hilfestellungen zu entwickeln, wie im Finanzministerium selbst die Geschlechterrelevanz von einzelnen Steuern herausgearbeitet werden könnte. Hier zeigte sich, dass nicht alle Arbeiten zu den erwünschten Wirkungen führen (können): Die Studie wurde zwar öffentlich präsentiert und die entwi-

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

ckelten Ansätze wären nach wie vor von großer Relevanz, sie wurde aber im Finanzministerium bislang nicht in erkennbarem Maße zur Umsetzung in der Steuerpolitik herangezogen.

Neben der Erarbeitung von innovativem Wissen ist als Spezifikum der Tätigkeit der Watch Group hervorzuheben, dass sie direkt mit der Verwaltung, aber auch mit VertreterInnen politischer Parteien zusammenarbeitet. Diese vielfältigen Formen der direkten Kommunikation, Kooperation und Lobbyarbeit haben viel zum Erfolg der Watch Group beigetragen. Allerdings ist dieser Erfolg differenziert zu sehen. Formell ist die Arbeit der Watch Group tatsächlich eine Erfolgsgeschichte, denn ihre Impulse haben dafür gesorgt, dass Gender-Budgeting-Prozesse in Verwaltungsprozesse und in Budgetgesetze integriert wurden. Auch im Finanzministerium wurden inzwischen viele Initiativen ergriffen (vgl. *Fritz* in diesem Band). Substanzielle Verbesserungen der Gleichstellungssituation sind vor allem in Bezug auf die Nutzung von Gestaltungsspielräumen im Steuerbereich bisher jedoch nicht zu verzeichnen.

In Österreich gibt es derzeit keine institutionell verankerte, aber unabhängig agierende Institution, die die Gleichstellungswirkungen der Budget- und Steuerpolitik einem kritischen Monitoring unterwirft. Die Forderung der Watch Group nach einem solchen unabhängigen Beirat, der mit Personen aus Zivilgesellschaft und Forschung besetzt werden sollte, blieb bislang ebenfalls ungehört.

Angesichts einer gemischten Erfolgsbilanz und beschränkter Ressourcen ist es für die Watch Group ebenso wie andere zivilgesellschaftliche Gruppen immer wieder nötig, neue Strategien zu entwickeln. Unter anderem beteiligt sie sich an einer breiten Allianz mit dem Namen „Wege aus der Krise“, in der Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Netzwerke seit mehreren Jahren zusammenarbeiten, um ein „Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget“ erarbeiten. Dieses alternative Budget wird jährlich zeitgleich mit dem offiziellen Budget der Bundesregierung präsentiert (Wege aus der Krise 2012). Wesentliches Ziel ist es, alternative Diskurse über Budgetpolitik zu fördern, aber auch Einspruch gegen die gegenwärtige Krisenpolitik in Österreich und auf europäischer Ebene zu erheben, in deren Folge der Wohlfahrtsstaat zunehmend abgebaut und die Budget- und Wirtschaftspolitik weiter entdemokratisiert wird. Die Kooperation wurde über Jahre hinweg verstärkt und konkretisiert sich derzeit in gemeinsamen Arbeitsgruppen. Ihr Ziel ist es, Gleichstellungsaspekten im Zukunftsbudget mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Auch in anderen Ländern gibt es ähnliche zivilgesellschaftliche Budgetinitiativen, insbesondere in Kanada, wo jährlich vom *Canadian Center for Policy Alternatives* das „Alternative Federal Budget“ mit expliziten Arbeiten zu Gleichstellung veröffentlicht wird (vgl. www.policyalternatives.ca/).

Im zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget kommt den Steuereinnahmen allgemein ein großer Stellenwert zu; beim Zukunftsbudgets des Jahres 2013 unter

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

dem Motto „Gerecht verteilt. Ökologisch nachhaltig. Geschlechtergerecht. Zukunftsorientiert. Demokratisch." bilden sie einen wesentlichen Schwerpunkt. Unter der Überschrift „Überfluss besteuern" werden Vorschläge vorgestellt, wie zusätzliche Staatseinnahmen erzielt werden können. Dabei sind die Einführung bzw. Reformen vermögensbezogener Steuern, eine höhere Progression bei der Einkommens- bzw. Lohnsteuer, Reformen der Ökosteuern, Besteuerung der Finanztransaktionen ebenso ein Thema wie die Abschaffung etlicher steuerreduzierender Ausnahmen, die oft ungleiche Verteilungs- und Geschlechterwirkungen haben. Insgesamt wird kontinuierlich an Vorschlägen gearbeitet, die emanzipatorische Dimension des Budgets zu vertiefen. Die Allianz nutzt das Zukunftsbudget, um Öffentlichkeits- und Medienarbeit zu leisten, aber auch um alternatives Wissen zur Haushalts- und Steuerpolitik zu erweitern.[2]

2.3 Kanada: I love taxes!

Das Beispiel aus Kanada stellt eine Kampagne vor, die Budget- und insbesondere Steuerthemen einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen versucht. Sie will verdeutlichen, warum Steuern wichtig für alle BürgerInnen sind, und aufzeigen, dass es sich insbesondere auch für Frauen lohnt, sich damit auseinanderzusetzen.

Die *United Nations Platform for Action Committee* (UNPAC) Manitoba wurde 1996 nach der Weltfrauenkonferenz in Peking gegründet, um sicherzustellen, dass die dort gefassten Beschlüsse von der Regierung auch umgesetzt werden. UNPAC setzt vor allem auf eine breite Sensibilisierung und Bildung der Bevölkerung; um seine Themen bekannt zu machen, nutzt es vor allem die Medien, arbeitet aber auch mit Regierung und Parlament zusammen.

Besonders interessant ist die Art und Weise, in der UNPAC das Thema Steuern aus der Frauenperspektive aufbereitet. Im Rahmen eines Gender-Budgeting-Projekts zwischen 2004 und 2008 wurde der Schwerpunkt auf die Reduktion der Frauenarmut gelegt. Der Begriff Frauenarmut meint dabei nicht nur einen Mangel an Geld *(money-poor),* sondern auch einen Mangel an Zeit *(time-poor),* weil der Tag nicht genug Stunden hat, damit Frauen all das tun können, was von ihnen erwartet wird. Es ging darum aufzuzeigen, dass sowohl Einnahmen wie auch Ausgaben in Budgets Einfluss auf diese beiden Aspekte der Frauenarmut haben.

Konkret sollte die Kampagne „I love taxes" einerseits das ökonomische Wissen von Frauen verbessern und sie ermutigen, sich am Budgetprozess zu beteili-

2 Auch in anderen Ländern gibt es ähnliche zivilgesellschaftliche Budgetinitiativen, insbesondere in Kanada, wo das *Canadian Center for Policy Alternatives* jährlich ein „Alternative Federal Budget" mit expliziten Stellungnahmen zur steuerlichen Gleichstellung veröffentlicht (vgl. www.policyalternatives.ca/).

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gen, andererseits aber auch die Regierung dazu auffordern, ein möglichst geschlechtergerechtes Budget zu erstellen. Für beide Ziele wurden Materialien und Ressourcen erstellt, die komplexe ökonomische Zusammenhänge möglichst einfach darstellen und vermitteln sollten. Einzelne besonders charakteristische und eindrückliche Elemente der Kampagne werden im Folgenden näher dargestellt. Es soll damit ein besonders gelungenes Beispiel der einfachen Kommunikation von komplexen ökonomischen Zusammenhängen dokumentiert werden.

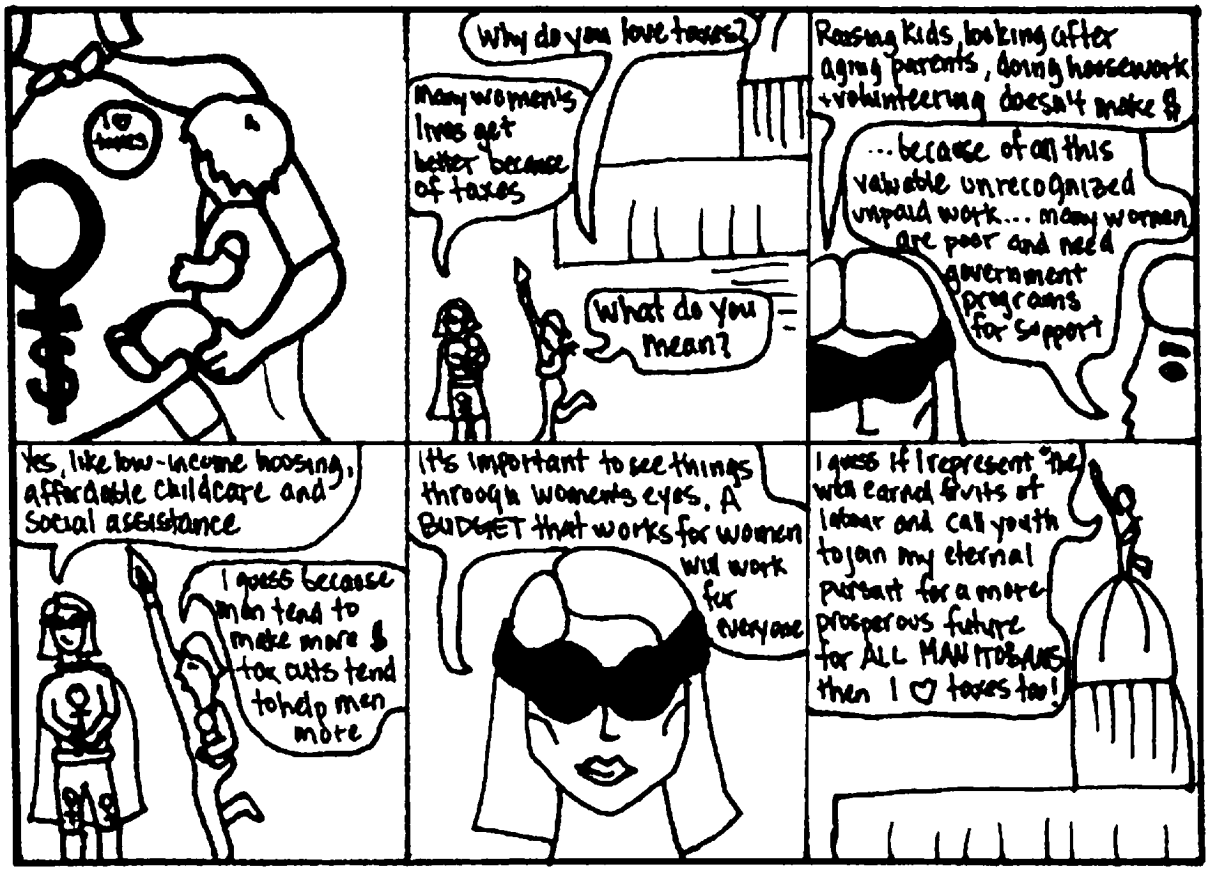
Im Zentrum der Kampagne stand die „Femme Fiscale“, eine Superheldin, die wichtige Themen der Kampagne verkörperte und öffentlichkeitswirksam eingesetzt werden konnte. Zum einen schlüpfen reale Personen in die Rolle der Femme Fiscale und erscheinen beispielsweise zu einem Treffen mit dem Finanzminister, bei dem ein Forderungskatalog von Frauen zur Budgetpolitik übergeben wurde. Derartige Aktionen erzeugten Medieninteresse und lösten rege Diskussionen aus. Die Femme Fiscale existiert aber auch als Cartoon-Figur (vgl. Abb. 1) und trägt beispielsweise als Protagonistin in einer Postkartenserie dazu bei, möglichst anschaulich zu erklären, welche Bedeutung einzelne Ausgabenbereiche wie etwa öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuungsplätze und sozialer Wohnbau für Frauen haben und warum Steuern insbesondere für Frauen wichtig sind.

Abb. 1: Postkartenserie zur Kampagne „I love taxes“ (Ausschnitt)

→

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Abb. 1: (Fortsetzung)



Quelle: www.unpac.ca/resources-femme.html (zuletzt aufgesucht am 26.06.2013)

Das Kampagnenmotto „I love taxes“ war darauf ausgerichtet, der negativen Stimmung gegenüber dem öffentlichen Sektor allgemein und insbesondere gegenüber Steuern entgegenzuwirken. Im Dialog der Femme Fiscale mit dem Golden Boy, einer lokal bedeutsamen symbolträchtigen Figur, die unter anderem für Erfolg und Ressourcenreichtum steht, wird im Cartoon die Bedeutung der Steuern folgendermaßen erläutert (vgl. Abbildung 1):

„*Er:* Warum sind Steuern wichtig?

Sie: Steuern verbessern das Leben vieler Frauen.

Er: Was meinst Du damit?

Sie: Kinder aufziehen, sich um die alternden Eltern kümmern und ehrenamtliche Arbeit bringen kein Geld.

Er: ... wegen all dieser wertvollen, nicht wertgeschätzten und unbezahlten Arbeit ... sind viele Frauen arm und auf öffentliche Unterstützung angewiesen.

Sie: Ja, zum Beispiel auf Sozialwohnungen, bezahlbare Kinderbetreuung und Sozialhilfe.

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Er: Weil Männer meistens mehr verdienen, profitieren sie vermutlich auch mehr von Steuersenkungen.

Sie: Es ist wichtig, die Dinge aus der Sicht von Frauen zu betrachten. Ein Budget, das für Frauen gut ist, ist für alle gut.

Er: Wenn ich (...) für eine bessere Zukunft für alle BürgerInnen Manitobas eintrete, dann gilt also auch für mich: Ich liebe Steuern!“

Die Aktivitäten der UNPAC richteten ein besonderes Augenmerk auf die Förderung der Partizipation von Frauen am Budgetprozess, unter anderem durch aktivierende Workshops, aber auch durch eine Postkartenaktion, mit der Interessierte ihre Botschaften zum Budget und zur Budgetpolitik einfach an den Finanzminister schicken konnten.

3. Ausblick

Alle drei vorgestellten Beispiele stehen stellvertretend für viele andere zivilgesellschaftliche Initiativen und zeigen, wie Frauen sich mit viel Kreativität und Fachwissen Räume schaffen, um Aufmerksamkeit auf die Wechselwirkung zwischen Budgets und Steuerpolitik zu lenken, den öffentlichen Diskurs zu erweitern und um die Budget- bzw. Steuerpolitik zu beeinflussen. Es ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich, mit Steuern emanzipatorisch zu steuern. Um das Steuersystem geschlechtergerecht zu gestalten, muss diese Einmischung, die bisher auf dem Engagement einzelner zivilgesellschaftlicher Gruppen beruht, jedoch auf ein breiteres Fundament gestellt werden. Dazu bedarf es im Wesentlichen dreier Elemente:

1. Es müssen Ressourcen bereitgestellt werden, um das Wissen über emanzipatorische Steuerpolitik zu erweitern und zu verbreiten.
2. Transparenz und Partizipation müssen als Kernelemente einer emanzipatorischen Steuerpolitik anerkannt werden.
3. Geschlechterdiskriminierungen und Ungleichstellung müssen besteuert werden.

Die Dynamik der Arbeiten zu Gender Budgeting allgemein und geschlechtergerechte Steuerpolitik im Besonderen belegt, dass sehr viel an Wissen zu diesem Themenbereich außerhalb der Hochschulen geschaffen wird. Eine zunehmende Verengung der ökonomischen Disziplin sorgt dafür, dass an den Orten konventioneller Wissensproduktion – wenn überhaupt – nur vereinzelt Platz für feministische Ökonomie und noch viel weniger für feministische Finanzwissenschaft oder Steuerlehre ist. Die öffentliche Hand hat aber die Pflicht, dieses Wissensgebiet auch zu fördern.

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zusätzlich bräuchte es auch innerhalb der öffentlichen Verwaltung ausreichend Augenmerk und Ressourcen für geschlechtsspezifische Fragestellungen in der Steuerpolitik. Insbesondere bedarf es der Erhebung und Verarbeitung ausreichender geschlechterdifferenzierter Daten über Besteuerungstatbestände, Steueraufkommen und auch über die Inanspruchnahme von steuermindernden Regeln. Ebenso müssten Untersuchungen zu Geschlechteraspekten von Steuervermeidungsstrategien erfolgen.

Es wäre auch an der Zeit, die wichtige Funktion von zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Demokratisierung der Budget- und Steuerpolitik anzuerkennen und für eine öffentliche Finanzierung dieser gesellschaftlich notwendigen und wertvollen Arbeit zu sorgen. Darüber hinaus ist es nötig, ausreichend Ressourcen bereitzustellen, um eine breite ökonomische Alphabetisierung *(economic literacy)* insbesondere auch über die gleichstellungspolitische Bedeutung von Budget- und Steuerpolitik zu ermöglichen.

Die Budget- und insbesondere die Steuerpolitik in Kontinentaleuropa zeichnet sich durch große Intransparenz aus. Damit eröffnen sich für der Regierung nahestehende oder finanzkräftige Interessengruppen vielfältige Interventionsmöglichkeiten, um die Steuerbestimmungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Demgegenüber wäre es im öffentlichen Interesse, das Steuerrecht möglichst transparent zu machen. Das kann insbesondere durch einfache und nachvollziehbare Steuerbestimmungen, aber auch durch das Bereitstellen öffentlich zugänglicher, aufgeschlüsselter und aussagekräftiger Daten über Steuereinnahmen erreicht werden. Gleichzeitig sollte die Gestaltung des Steuerrechts nicht mehr von elitären ExpertInnenzirkeln bestimmt werden, sondern unter aktiver Beteiligung breiter Kreise der Bevölkerung erfolgen. Dabei wäre es langfristig denkbar, dass BürgerInnen über wesentliche Bereiche der Staatseinnahmen und -ausgaben mitentscheiden. Eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass solche Partizipationsprozesse auch funktionieren, sind allerdings fundierte Informationen und Debatten, die nicht von einzelnen Interessengruppen gekapert werden. Als Ausgleich für die einseitige Einflussnahme von solchen Interessengruppen könnte zwischenzeitlich ein unabhängiger zivilgesellschaftlicher Gender-Budget- und Steuerbeirat eingerichtet werden, der die Bundesregierung in Fragen geschlechtergerechter Budget- und Steuerpolitik berät und öffentliche Stellungnahmen zur Politik der Regierung abgibt.

Und nicht zuletzt: Mit Steuern emanzipatorisch steuern kann auch heißen, darüber nachzudenken, was besteuert werden muss. Die ungleiche Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, die geringe Repräsentanz von Frauen in leitenden Positionen und die großen Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen – das sind nur einige der zentralen Ungleichheiten zulasten von Frauen. Diese langlebigen Diskriminierungen könnten und sollten besteuert werden. Damit ließen sich einerseits zusätzliche Einnah-

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

men generieren, um – demokratisch gestaltete – öffentliche Dienstleistungen im Bereich der Sorge für Kinder, Alte und Kranke zu finanzieren. Andererseits würden zusätzliche Anreize geschaffen, diese Diskriminierungen rasch abzubauen. So könnte beispielsweise eine *Gender-Pay-Gap-Steuer* erwogen werden. Die Idee ist, dass alle Institutionen, in denen es starke Einkommensdifferenzen zwischen den Geschlechtern gibt, gestaffelt nach Höhe dieser Einkommenslücke eine Steuer zu zahlen haben. Solange qualifizierte Frauen in Unternehmen oder Organisationen an eine Art gläserne Decke *(glass ceiling)* stoßen und auf der Führungsebene unterrepräsentiert sind, könnte des Weiteren eine *Glass-Ceiling-Steuer* eingeführt werden. Was die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit angeht, könnte eine *Kinderbetreuungsdefizit-Steuer* von jenen Institutionen erhoben werden, in denen der Anteil an Männern in Elternzeit bzw. Kinderbetreuungskarenz geringer ist als der von Frauen.

In den Länderbeispielen wird deutlich, dass zivilgesellschaftliche AkteurInnen in den letzten Jahrzehnten eine wesentliche und innovative VorreiterInnen-Rolle im Hinblick auf emanzipatorische Steuerpolitik eingenommen haben. Diese Art der Einmischung wird weiter nötig sein. Gleichzeitig muss daran erinnert werden, dass emanzipatorische, geschlechtergerechte Steuerpolitik kein Luxus, sondern eine Verpflichtung aller staatlichen AkteurInnen ist.

Literatur

Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming im BMF (2002): Ist das österreichische Steuersystem tatsächlich „geschlechtsneutral?“. Ergebnis eines Lohn- und Einkommensteuer-Vergleichs Männer – Frauen (Internet: www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/attachments/8/8/6/CH0533/CMS1186408918427/studie_ist_das_oesterreichische_steuersystem_tatsaechlich_geschlechtsneutral.pdf; zuletzt aufgesucht am 21.6.2013)

Barnett, K./Grown, C. (2004): Gender Impacts of Government Revenue Collection: The Case of Taxation. Commonwealth Secretariat, London (Internet: www.gender-budgets.org/index.php?option=com_joomdoc&view=documents&path=resources/by-theme-issue/taxation/gender-impacts-of-government-revenue-collection-the-case-of-taxation&Itemid=549; zuletzt aufgesucht am 17.5.2013)

Beigewum – Beirat für Gesellschafts-, Wirtschafts- und Umweltpolitische Alternativen (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien

Biffl, G./Klatzer, E./Schratzenstaller, M. (2006): Gender-Prüfung im Finanzressort. Studie und Leitfaden im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Wien

Budlender, D./Elson, D./Hewitt, G./Mukhopadhyay, T. (eds.) (2002): Gender Budgets Make Cents. Understanding Gender Responsive Budgets. Commonwealth Secretariat, London

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Fawcett Society (2013): Fawcett's Bid for a Judicial Review of the 2010 Budget. News and Updates, 28.2.2013 (Internet: www.fawcettsociety.org.uk/fawcetts-bid-for-a-judicial-review- of-the-2010-budget/; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013)

Fowode – Forum for Women in Democracy (2003): Taxation: Half the Story of the Budgeting Process. Kampala (Internet: www.gender-budgets.org/index.php?option=com_joomdoc&view=documents&path=resources/by-region-country/africa-documents/uganda/taxation-half-the-story-of-the-budgeting-process&Itemid=540; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013)

Klatzer, E./Schlager, C. (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel, Jg. 26/Heft 2, S. 61–81

Klatzer, E./Schlager, C. (2012): Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance: Maskuline Steuerungsmechanismen und feminisierte Kosten- und Risikoabwälzung. In: Kurswechsel, Jg. 27/Heft 1, S. 23–35

Michalitsch, G. (2005): Mit Frauen rechnen. Gender Budgeting und öffentliche Finanzen (Internet: www.uni-graz.at/margareta.kreimer/going-gender/michalitsch-gender-budgeting.pdf; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013)

Oberndorfer, L. (2013): Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik? In: infobrief eu & international, Nr. 1, S. 19–26 (Internet: bit.ly/paktefuerwettbewerbsfaehigkeit; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013

Smith, T. (2000): Women and Tax in South Africa. Paper in the Context of the 5th Women's Budget. Institute for Democracy in South Africa, Cape Town

St. Hill, D. (2002): United Kingdom: A Focus on Taxes and Benefits. In: Budlender, D./Hewitt, G. (eds.): Gender Budgets Make More Cents. Country Studies and Good Practice. Commonwealth Secretariat, London, S. 171–192

Watch Group. Gender & öffentliche Finanzen (o.J.): Geschlechtergerechte Budgetgestaltung, Broschüre, Eigenverlag. Wien

Watch Group. Gender & öffentliche Finanzen (2006): Elemente einer Gender-Analyse des Steuersystems. In: Kurswechsel, Jg. 21/Heft 1, S. 25–36

Wege aus der Krise (2012): Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget 2013 (Internet: www.wege-aus-der-krise.at/zukunftsbudget.html; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013)

Women's Budget Group (2001): Response from Women's Budget Group to Inland Revenue Consultation Document. New Tax Credits: Supporting Families, Making Work Pay and Tackling Poverty (Internet: wbg.org.uk/pdf/New%20Tax%20Credits.pdf; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013)

Women's Budget Group (2011): Gender Analysis of the Changes in Indirect Taxes Introduced by the Coalition Government, 2010–2011 (Internet: wbg.org.uk/pdfs/Indirect_tax_Budget_2011_final_report_June_20.pdf; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013)

Women's Budget Group (2012a): No to Tax Cuts, Yes to Plan F. WBG Pre-Budget Briefing: Press Release, 16.3.2012 (Internet: wbg.org.uk/pdfs/pre-budget-briefing-press-release_FINAL.pdf; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013

Women's Budget Group (2012b): Women's Budget Group Pre-Budget Briefing. March 2012 (Internet: wbg.org.uk/pdfs/0-WBG-pre-budget-FINAL.pdf; zuletzt aufgesucht am 23.5.2013)

Women's Budget Initiative (1996): The Women's Budget. Institute for Democracy in South Africa. Cape Town

https://doi.org/10.5771/9783845267821-229 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY